BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 99-4 vom 10. September 2019

Rede der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner,

zum Haushaltsgesetz 2020
vor dem Deutschen Bundestag
am 10. September 2019 in Berlin:

Herr Präsident!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Erneut lege ich dem Parlament einen Rekordhaushalt vor: 6,5 Milliarden Euro für das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL). Das entspricht einer Steigerung um 194 Millionen Euro. Das ist ein großer Erfolg; denn die Steuereinnahmen steigen nicht so weiter wie erwartet. Wir sehen die Kürzungen bei anderen Ministerien, nicht so beim BMEL. Mein Dank gilt dem Bundesfinanzministerium für die gute Zusammenarbeit.

Das Geld wird benötigt, denn die Landwirtschaft ist im Umbruch. Die Landwirtschaft war schon immer im Wandel, aber jetzt erleben wir eine Zäsur – eine Zäsur in den Erwartungen, die an die Landwirtschaft gerichtet werden, im Übergang von traditionell zu modern, bei Umwelt-, Klima- und Tierschutz, aber auch eine Zäsur im Ton der Auseinandersetzung, im Umgang miteinander. Dabei machen es sich viele zu einfach mit ihren Erwartungen an die Bauern und an das Landleben. Zielkonflikte werden kaum noch formuliert, aber Ideologien ganz klar adressiert. So sollen Lebensmittel ausreichend vorhanden, die Ernten sicher und für uns Verbraucher ansehnlich, aber vor allen Dingen sollen sie günstig sein. Alle Menschen sollen satt werden, aber der Bauer soll sich als Landschaftsgärtner profilieren. Bauern sollen auf Pflanzenschutzmittel verzichten, aber im Supermarkt will man nur den schönsten Salatkopf. Landwirte sollen Tiere unter besten Bedingungen halten, aber mehr zahlen will dafür kaum jemand. Gefühlt möchten die meisten Fleisch von Tieren essen, die nie geschlachtet worden

sind, aber Lock- und Dumpingangebote bei Lebensmitteln im Supermarkt funktionieren nach wie vor.

Das schleichende schlechte Gewissen wird meist allein bei den Bauern abgeladen. Viele beklagen zwar, dass Höfe sterben und dass die vermeintlich Großen immer größer werden, aber machen gleichzeitig mit, wenn Landwirte pauschal als Klimasünder, Tierquäler und Umweltvergifter in eine Ecke gestellt werden. Dann wundern sie sich, dass immer mehr junge Menschen sich scheuen, diesen Beruf zu ergreifen.

Sehen Sie, Frau Lemke, das ist genau der Punkt: Zwischenruf der Grünen „Jetzt sagen Sie mal was zur Sache“. Sie tragen dazu bei, dass der Berufsstand der Bauern gespalten wird, dass die Gesellschaft gespalten ist, Sie tragen zu einer Polarisierung bei, indem Sie in gute und schlechte Landwirtschaft unterteilen, in Groß und Klein unterteilen, indem Sie pauschal von Ackergiften und Agrarfabriken reden. Das spaltet die Landwirtschaft, und das ist auch eine Arroganz aus einer städtischen Sicht dem Land gegenüber. Das tragen wir so nicht mit. Allein dieses pauschale Einteilen spaltet die Gesellschaft und die Bauernschaft.

Als zuständige Bundesministerin setze ich mich aktiv für mehr Tierwohl und für mehr Umwelt- und Klimaschutzleistungen in der Landwirtschaft ein. Ja, ich weiß: Ich mute den Landwirten einiges zu, und zwar eine Weiterentwicklung. Wir entwickeln Alternativen bei der betäubungslosen Ferkelkastration, werden aus dem Küken-Töten aussteigen und verlangen von den Schweinehaltern andere Haltungsbedingungen. Wir etablieren ein Tierwohlkennzeichen, schauen bei den Tiertransporten genauer hin oder nehmen Reglementierungen bei Pflanzenschutzmitteln vor. Wir schichten mehr um von der ersten in die zweite Säule, um mehr für Umweltleistungen zu tun. Das sind nur einige Beispiele, die für unsere Bauernfamilien massive Veränderungen bedeuten. Ich bin mir dessen bewusst. Aber abwarten wäre keine kluge Alternative.

Das Aktionsprogramm Insektenschutz beispielsweise sorgt bei manchen für Aufregung. Zunächst müssen wir aber auch bilanzieren, dass es nur mit Anreizen auch in der Landwirtschaft nicht geht. Wir brauchen Anreize und Ordnungsrecht. Genau das ist aber der Ansatz beim Aktionsprogramm Insektenschutz. Wir wollen seitens des

Bundes 50 Millionen Euro jährlich in einen „Sonderrahmenplan Insektenschutz“ einstellen. Das sind insgesamt 83 Millionen Euro jährlich mit den Landesgeldern zusammen. Das ist etwas, womit wir den Bauern konkret helfen. Wir lassen sie nicht alleine und fordern eben nicht nur, wie das gerne die Grünen machen, sondern zeigen auch einen Weg, wie so etwas umgesetzt werden kann.

Ich begrüße im Übrigen auch die ganz aktuellen Überlegungen aus der Agrarwirtschaft, im integrierten Pflanzenschutz von der bislang üblichen wirtschaftlichen Schadensschwelle zu einer ökologischen Schadensschwelle überzugehen. Aber da muss auch klar sein, wenn man dann weniger Ertrag hat, dass das auch abgepuffert werden muss.

Wir brauchen einen Gesellschaftsvertrag der Verbraucherinnen und Verbraucher mit den Landwirten. Es kann nicht sein, dass wir sonntags Forderungen an die Landwirtschaft stellen, aber von Montag bis Samstag anders einkaufen oder nicht die Gelder zur Verfügung stellen, mit denen die Landwirtschaft umgestellt werden kann.

Mehr Nachhaltigkeit geht erfolgreich, nicht indem wir die Zeit zurückdrehen oder nur Forderungen stellen, sondern nur durch mehr Innovation und Forschung. Genau hier greift unser Haushalt auch an. Wir unterstützen auf Grundlage der Nutztierstrategie oder der Ackerbaustrategie, die gerade entsteht. Wir forschen, wie wir schonender produzieren können – mit weniger Dünger, weniger Pflanzenschutzmitteln – und wie wir Alternativen in die Praxis überführen. Dafür nehmen wir über 15 Millionen Euro in die Hand.

Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau führen wir weiter. Ich hatte gerade ein Gespräch mit Ökowinzern darüber, wie wir den Kupfereinsatz reduzieren können. Wir weiten die Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung nochmals aus, und zwar auf 22,5 Millionen Euro.

Unsere digitalen Testfelder, die Experimentierfelder, gehen jetzt an den Start, um zu untersuchen, wie die Digitalisierung zu mehr Tierwohl, zu mehr Biodiversität, auch zu Arbeitserleichterung und zu mehr Umweltschutz führen kann. Über 37 Millionen Euro

stehen im Jahr 2020 für das Bundesprogramm Nachhaltige Nutztierhaltung zur Verfügung – mehr als doppelt so viel wie im laufenden Jahr. Das Ziel ist, die Tierhaltung weiterzuentwickeln. Wir fordern nicht einfach etwas von den Landwirten, sondern geben ihnen auch die Chance, die Landwirtschaft umzustellen und ökonomisch, ökologisch und auch sozial in den ländlichen Räumen verwurzelt zu bleiben. Denn aus der Hauptstadt heraus etwas zu fordern, wie das Land schön sein soll mit einer gewissen Romantik, das führt uns nicht weiter.

Frau Abgeordnete Göring-Eckardt, mit Ihrer Zwischenfrage haben Sie das beste Beispiel für eine städtische Sicht geliefert, die ziemlich wenig mit dem Land und der Landwirtschaft zu tun hat. Denn zu behaupten, dass Landwirte sagen, sie wollten eine anständige Landwirtschaft, unterstellt, dass sie heute eine unanständige Landwirtschaft haben, und das weise ich wirklich von uns.

Sie haben wieder von Agrarfabriken gesprochen. Sie selber wissen, dass es auch Ökobetriebe gibt, die Tausende Stück Geflügel haben. Ich will einmal festhalten: Frau Göring-Eckardt sagt, Betriebe mit Tausenden Stück Geflügel sind nur dann keine Agrarfabriken, wenn die Wirtschaftsweise ihrer Vorstellung entspricht. Aber das ist es doch, was zur Spaltung in unserer Gesellschaft führt. Es geht nicht um die Quantität, sondern um die Qualität der Bewirtschaftung. Wenn ein kleiner Betrieb, den Sie nie als „Agrarfabrik“ titulieren würden, nicht ordentlich mit Tieren und nicht ordentlich mit dem Boden umgeht, dann funktioniert die Gleichung „Klein ist gut“ nicht. Deshalb sage ich: Lassen Sie Kampfbegriffe wie „Ackergifte“ und „Agrarfabriken“ weg. Wissen Sie, Sie treffen damit auch Ihre Ökolandwirte. Auch die brauchen nämlich Pflanzenschutzmittel; Sie würden es Ackergift nennen. Hören Sie auf, die Landwirtschaft zu spalten. Es ist gut, dass nicht die Grünen dieses Ministerium führen.

Wir wollen Tierhaltung weiterentwickeln mit den sogenannten Ställen der Zukunft. Es gibt nicht den einen Stall der Zukunft. Wir müssen uns überlegen, was tierwohlgerecht ist, aber nicht vom Bauchgefühl her, sondern durch Bewegungsprofile mithilfe der Digitalisierung. Wer schon in einem entsprechenden Stall war, sieht, wie ruhig Tiere sein können, wenn der Faktor Mensch nicht mehr zu Unruhe führt. Wir geben Geld für die Tierwohlkompetenzzentren aus, um Landwirte über Neuerungen in der Tierhaltung zu

informieren. Wir nehmen Geld in die Hand, um ein Tierwohlkennzeichen nach Europarechtskriterien zu etablieren, um am Ende eines zu erreichen, nämlich dass der Verbraucher selbst in die Pflicht genommen wird und auch entscheiden kann, ob er es wirklich ernst meint, für mehr Tierwohl auch mehr Geld ausgeben zu wollen.

Bei aller Veränderung brauchen wir auch ein Bekenntnis zu Stabilität und klaren Rahmenbedingungen. Es geht nicht um Forderungen, sofort oder im nächsten Jahr aus etwas auszusteigen. Das schafft kein Landwirt. Nur wer weiß, wo die Reise hingeht, ist auch bereit, zu investieren. Der größte Teil unseres Haushaltes ist ein solches Bekenntnis. Wir planen Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik in Höhe von sage und schreibe 4,1 Milliarden Euro zur Absicherung von Krankheit, Alter und Unfällen. Das ist eine soziale und eine faire Politik für unsere Landwirtschaft. Das ist ein starkes Signal für unsere Bäuerinnen und Bauern.

Auch das Thema Ernährung spielt eine große Rolle. Es gibt so viele Unsicherheiten wie nie, wenn es darum geht, welche Ernährung richtig oder falsch ist. Mein Ziel ist deshalb, Komplexitäten abzubauen und Gesundes zur einfachen Wahl zu machen. Sie wissen: Es läuft derzeit die von der EU-Kommission geforderte Verbraucherbeteiligung zu einer vereinfachten Nährwertkennzeichnung. Ich werde die Ergebnisse vorstellen, wenn sie vorliegen.

Es gibt *zwei* Schwerpunkte im Bereich Ernährung: Zum *einen* gibt es Aktionen zu den ersten 1.000 Tagen eines Menschen, zur Sensibilisierung, wie gut Stillen ist. Ein *zweiter* Schwerpunkt sind die Senioren, denn im Alter muss man sich anders ernähren. Wir wollen einen stärkeren Blick auf Senioren richten und erforschen, wie Ernährung und Demenzerkrankungen zusammenhängen, und haben die Vernetzungsstellen für Seniorenernährung ins Leben gerufen.

Ich möchte noch etwas zu den ländlichen Räumen sagen. Wir stärken die ländlichen Räume. Wir haben mit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unseren „Plan für Deutschland“ vorgelegt. Die Themen Dorferneuerung, Ehrenamt und Digitalisierung stehen im Zentrum. Wir werden den Menschen vor Ort helfen, mit einem Stück weit mehr Hauptamt Ehrenamt zu erhalten.

Natürlich werden wir uns auch mit unserem Wald beschäftigen. Ich glaube, darüber wird anschließend noch länger und intensiver gesprochen werden. Auch bei diesem Thema müssen wir aus den Ideologien rauskommen. Wir brauchen Wiederbewaldung. Wir haben eine Fläche in der Größe von 3.300 Fußballfeldern allein durch Brände verloren. Zuletzt sind uns 110.000 Hektar Wald durch Dürre, durch Kalamitäten und Borkenkäfer komplett verloren gegangen. Deshalb müssen wir klimastabile Bäume pflanzen, CO2-Binder, Mitkämpfer beim Klimaschutz. Dafür setzen wir uns ein, nicht nur in unserem Klimakabinett, sondern auch beim Verbändegespräch, das wir geführt haben, und beim Waldgipfel.

Ich danke allen, die mithelfen, die nicht pauschal von Holzfabriken oder von Holzplantagen reden. Unsere Försterinnen und Förster haben unseren Wald über Jahre und Jahrzehnte kontinuierlich zu einem klimastabilen Mischwald umgebaut; daran müssen wir weiter arbeiten. Wir müssen sie unterstützen und dürfen sie nicht beschimpfen.

Herzlichen Dank.

*** * * * ***